

wiesen, obwohl Wackersdorf nicht mehr gebaut wird.

In einem neuen Titel 88 205 gewährt jetzt Waigel dem bayrischen Wackersdorf zusätzliche 40 Millionen Mark – diesmal als Ausgleich dafür, daß die Anlage nicht gebaut wird.

Besonders erfolgreich war CSU-Spezi Friedrich Zimmermann in den Chefgesprächen. Der Verkehrsminister darf 300 Millionen Mark mehr – insgesamt 6,6 Milliarden Mark – für den Straßenbau ausgeben, vor allem im noch nicht so gut asphaltierten Bayern, etwa für die Maintal-Autobahn.

Sehr zu begrüßen sei es, daß der CSU-Vorsitzende und Bundesfinanzminister sich an das Zonenrandgebiet erinnere, freute sich Eduard Lintner, der deutsch-

WIRTSCHAFTSGIPFEL

Vollbremsung machen

Auf dem Pariser Wirtschaftsgipfel will Helmut Kohl für globale Umwelt-Taten werben.

Beim Treffen der europäischen Regierungschefs in Madrid, vor zwei Wochen, überraschte der deutsche Kanzler die Kollegen mit einem für diese Runde neuen Thema. Helmut Kohl dozierte beim Abendessen mit ungewöhnlichem Engagement über den „lebenswichtigen Beitrag der tropischen Regenwälder für das weltweite Klima“.

immer noch wachsenden Schulden vieler Entwicklungsländer beschäftigen; sie werden auch über die weltweiten Umweltprobleme reden. Und sie werden versuchen, beide Probleme miteinander zu verknüpfen.

In George Bush dürfte Kanzler Kohl einen starken Verbündeten finden. Der US-Präsident hat seinen Wahlkampf mit Umweltparolen geführt, nun ist er seinen Wählern einiges schuldig. Um die Versprechen einzulösen, sucht Bush die Kooperation mit den Weltmarktkonkurrenten. Denn im Alleingang, so sein Handelsminister Robert A. Mosbacher, geht Umweltschutz nicht: „Das macht unsere Waren zu teuer.“

Brieflich hat Kohl schon vor Wochen den Gipfel-Partnern Vorschläge ge-



Zerstörung des Tropenwalds in Brasilien: Die Industrieländer sollen Naturschutz mit Schuldenerlaß erkaufen

landpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Er feierte „einen Rekordbetrag von 130 Millionen Mark“ für kulturelle und sportliche Veranstaltungen nahe der Zone.

Alles kein Zufall: Das Bundesland Bayern hat rund 400 Kilometer DDR-Grenze auf seinem Territorium.

Tue Gutes und rede darüber – Theo Waigel hat auch in dieser Hinsicht vorgesorgt. Damit die vielen kleinen Geschenke und die großen Gaben richtig verkauft werden, hat der neue Finanzminister großzügig an die Öffentlichkeitsarbeit seines Parteifreunds Johnny Klein gedacht.

Der CSU-Mann im Presse- und Informationsamt darf im nächsten Jahr 121,1 Millionen Mark für Öffentlichkeitsarbeit ausgeben, 12 Millionen Mark mehr als in diesem Jahr. Es ist schließlich Wahljahr.

Kohls Versuch, „was zu bewegen, etwas Ungewöhnliches in Gang zu setzen“, ging in Madrid daneben. Die Gesprächspartner nahmen den Vortrag unbeeindruckt hin, ließen zwei belanglose Sätze ins Kommuniqué einrücken und wandten sich wieder ihrem Zank über Europas Geldordnung zu.

Am kommenden Wochenende, beim Weltwirtschaftsgipfel in Paris, will Helmut Kohl einen neuen Anlauf wagen, sich als Umweltschützer zu profilieren. Diesmal sind seine Erfolgsaussichten günstiger – der Kanzler ließ seinen Öko-Trip sorgfältig vorbereiten. Kohls Umweltthemen sind „aus der Ebene des Diversen zu einem zentralen Tagesordnungspunkt“ aufgestiegen, frohlockt dessen Gipfel-Wegbereiter, der Finanzstaatssekretär Hans Tietmeyer.

Die Gipfel-Staatschefs werden sich, so viel ist sicher, diesmal nicht nur mit den

macht, die in Paris zu Resolutionen verarbeitet werden könnten:

- ▷ Fluorkohlenwasserstoffe (FCKW) sowie andere Treibgase mit ähnlich zerstörerischer Wirkung auf die Erdatmosphäre sollten schneller als bisher vereinbart durch ungefährliches ersetzt werden;
- ▷ die Verbrennung von Kohle, Holz, Benzin und Heizöl soll vermindert, der trotzdem unvermeidbare Kohlendioxid-Ausstoß besser gefiltert werden, um einer katastrophalen Erwärmung der Erde (Treibhauseffekt) entgegenzuwirken;
- ▷ die tropischen Regenwaldgebiete sollen vor weiterem Raubbau geschützt werden, um weltweite, riskante Klimaveränderungen zu vermeiden.

Die Regenwälder vor allem haben es dem deutschen Regierungschef seit

neuestem angetan. „Innerhalb der nächsten fünf Jahre“, fordert Kohl, „müssen wir eine Vollbremsung machen, die Uhr läuft ab.“

Allmählich registrieren auch die Regierenden in Bonn, worauf Wissenschaftler seit Jahren verweisen: Die Hälfte des Regenwaldgürtels rund um die Erde ist bereits abgeholzt und abgebrannt; Westafrika und Südostasien sind nahezu kahlgeschlagen; in diesem Jahr werden weitere 20 Millionen Hektar von Holzkonzernen und landlosen Kleinbauern niedergemacht, das ist fast die Fläche der Bundesrepublik.

Die tropischen Wälder sind Lebensraum für unzählige Tier- und Pflanzenarten, die nur dort überleben. Sie sind die Süßwasserspeicher der Erde, sie regeln das Welt-Klima.

Die Industriestaaten haben bislang wenig unternommen, um die Verwüstung zu stoppen. Das, was bislang erwogen wurde, verspricht wenig Erfolg. Da macht der engagierte Forstschützer Kohl mit seinen Ideen keine Ausnahme.

Einen freiwilligen Verhaltenskodex der deutschen Tropenholz-Importeure – der zur „umweltschonenden und substanzerhaltenden forstlichen Bewirtschaftung“ der Tropenwälder verpflichtet – möchte Kohl weltweit einführen. Das ist gut gemeint, Wiederaufforstung könnte etlichen gefährdeten Baumarten das Überleben und den Holzfirmen damit den Absatz sichern.

Nur, den tropischen Regenwald rettet das nicht: Sein labiler und komplexer Kreislauf läßt sich nicht künstlich reparieren. Sind Holzfäller und Brandroder einmal tätig gewesen, ist der Regenwald unwiederbringlich verschwunden.

Der christdemokratische Waldretter weiß dies auch. Er will daher dafür sorgen, daß die Feuchtgebiete gar nicht erst erschlossen und abgeräumt werden.

Um die Drittweltstaaten zu entsprechendem Verzicht zu bewegen, soll deren Regierungen nach Kohls Vorstellung ein attraktives Angebot gemacht werden: Den zumeist hochverschuldeten Entwicklungsländern wird ein Teil ihrer Schuld oder der fälligen Zinsrate erlassen; im Gegenzug stellen diese ihre Regenwälder unter Naturschutz und verzichten auf die wirtschaftliche Nutzung. Kohl: „Wir zahlen eine Art Gebühr.“

Das klingt plausibel, ist auch in einzelnen Fällen schon so gemacht worden. So kaufte die US-Umweltorganisation Conservation International bei Banken für 100 000 US-Dollar Auslandsschulden Boliviens im Nennwert von 650 000 Dollar. Die US-Grünen schenken den Bolivianern die Schuldtitel, nachdem diese versprochen hatten,

im Gegenzug 15 000 Quadratkilometer Wald unter Schutz zu stellen.

Ob allerdings das Konzept Schulden gegen Naturschutz („debt-for-nature swaps“) wirklich das globale Öko-Desaster der Regenwaldvernichtung abwenden kann, scheint überaus fraglich. Vieles ist ungeklärt, vieles ist wohl auch nicht zu klären.

Wieviel der 115-Milliarden-Dollar-Schuld Brasiliens wollen die Industrieländer beispielsweise übernehmen, um das Amazonas-Biotop zu retten? Wer bezahlt die Wachmannschaften, die den Holzhandel kontrollieren und landsuchende Arme verjagen müßten?

„Es wäre nicht nur äußerst schwierig, den vereinbarten Nutzungsverzicht in ausgewiesenen Regionen zu kontrollieren“, kritisiert der Dritte-Welt-Forscher Manfred Wöhlcke das Konzept, „sondern praktisch unmöglich, die Verlagerung der Umweltzerstörung in andere Regionen zu verhindern.“

Dazu kommt: Viele hochverschuldete Süd-Länder können Zins und Tilgung für ihre irrwitzigen Schulden-Milliarden sowieso nicht aufbringen. Ein Erlaß dieser Schuld bessert ihre Situation mithin nur auf dem Papier. Praktisch hätten sie keinen Cent zusätzlich in der Kasse, alte Verpflichtungen würden von neuen abgelöst.

Die Fachbeamten des Bonner Entwicklungshilferessorts teilen diese Vorbehalte. In einer Stellungnahme heißt es: „Eine Umsetzung“ des von Helmut Kohl favorisierten „Modells in großem Maßstab dürfte kaum zu realisieren sein“. Das Konzept berge „das Risiko, daß sich die Entwicklungsländer gezwungen sehen, die zur Durchführung der Waldschutzmaßnahmen benötigten finanziellen Ressourcen aus anderen, für die Sanierung ihrer Wirtschaft wichtigen Sektoren abzuziehen oder über

inflationbefördernde Geldschöpfung aufzubringen“.

Der Bundeskanzler habe für seine Vorschläge alles berücksichtigt, was „in letzter Zeit zustande gekommen ist“, versichert sein Sprecher Johnny Klein, „er geht mit sehr soliden Unterlagen in das Gipfeltreffen“.

Die Papiere aus dem Fachressort hat er offenkundig noch nicht gelesen.

AIRBUS

Viel zu aufwendig

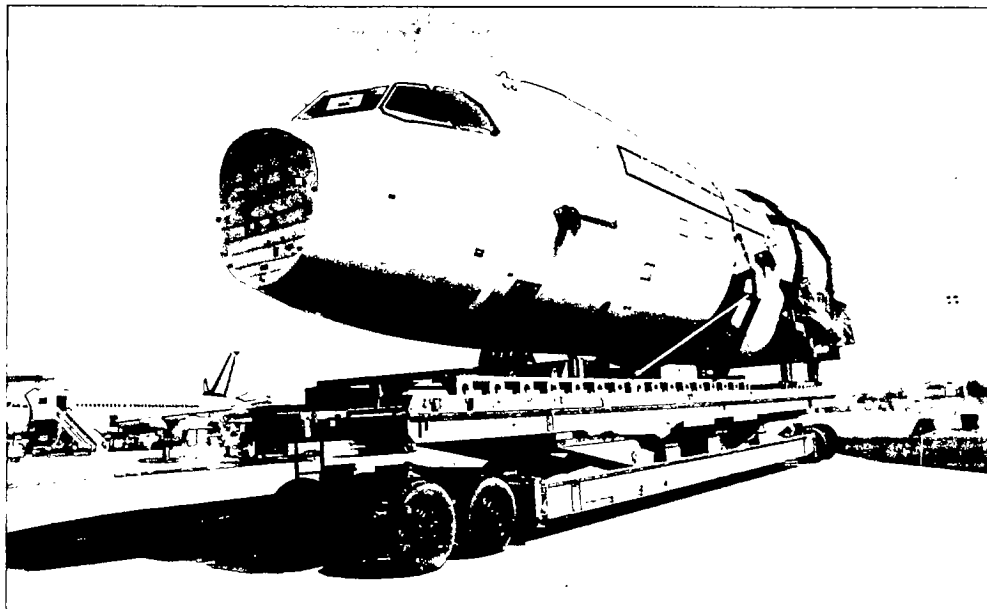
Wird der Airbus A 320 demnächst in Hamburg zusammengebaut? Deutsche und Franzosen hakeln um die Endmontage.

Juergen Krackow hat eine abwechslungsreiche Karriere hinter sich. Der gelernte Bankkaufmann sanierte Unternehmen wie die Bremer Traditionswerft AG Weser, er war Chef von Krupp und führte die Arbed Saarstahl GmbH.

Jetzt, fünf Jahre nach seiner Pensionierung, hat der 66jährige wieder Gelegenheit, sich mit etwas Neuem zu beschäftigen. Krackow soll im Auftrag der Bonner Regierung herausfinden, ob die sogenannte Endmontage des Airbus A 320 vom französischen Toulouse nach Hamburg verlagert werden kann.

Bislang bauen die Deutschen nur einzelne Rumpfteile der Euroflieger; außerdem besorgen sie die Innenausstattung. Zusammenmontiert werden die Jets schließlich in Frankreich.

Dort auch holen die Fluggesellschaften aus aller Welt ihre Maschinen ab. Die französischen Airbus-Manager verstehen es dabei meisterhaft, den Eindruck zu erwecken, es handele sich beim „Ärbüs“ um ein französisches Produkt.



Airbus-Rumpfteil (in Toulouse): Es geht um nationales Prestige